



Beschlussvorlage Nr. 2018/093

10.04.2018

Federführend: Tiefbauamt
Jürgen Klein

Beteiligt:

Tagesordnungspunkt:

Sachstandsbericht und weitere Entwicklung des Friedhof Klause

Beratungsfolge:

Verwaltungsausschuss	24.04.2018	Kenntnisnahme	öffentlich
----------------------	------------	---------------	------------

Stand der bisherigen Beratung:

- Bestattungsformen auf städtischen Friedhöfen und Gestaltung des Klausenfriedhofs, u. a. Initiativantrag der SPD-Fraktion - Gemeinderatssitzung 12.11.2013. Vorlage 2013/261

Beschlussantrag:

1. Der Verwaltungsausschuss nimmt den Sachstand zur Kenntnis und beschließt das weitere Vorgehen.

Anlagen:

1. Chronologie
2. Konzept

gez. Stephan Neher
Oberbürgermeister

gez. Thomas Weigel
Erster Bürgermeister

gez. Jürgen Klein
Amtsleiter

Finanzielle Auswirkungen:

HHJ	Kostenstelle / PSP-Element	Sachkonto	Planansatz
			EUR
			EUR
			EUR
Summe			EUR

Inanspruchnahme einer Verpflichtungs-ermächtigung		Bereits verfügt über	EUR
ja nein		Somit noch verfügbar	EUR
- in Höhe von	EUR	Antragssumme lt. Vorlage	EUR
- Ansatz VE im HHPI.	EUR	Danach noch verfügbar	EUR
- üpl. / apl.	EUR	Diese Restmittel werden noch benötigt ja nein	
		Die Bewilligung einer üpl. /apl. Aufwendungen / Auszahlungen ist notwendig in Höhe von	EUR
		Deckungsnachweis:	

Jährliche Folgekosten / -kosten nach der Realisierung:

Sichtvermerk, gegebenenfalls Stellungnahme der Stadtkämmerei:

Vorlage relevant für:

Jugendvertretung

Integrationsbeirat

Behindertenbeirat

Begründung

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 06.02.2014 die Erweiterung und Neugestaltung des Friedhofes Klause beschlossen. Im Einzelnen waren dies 6 Maßnahmen:

- Urnengemeinschaftsgrabfeld (realisiert)
- Urnenwände (realisiert)
- Aufwertung durch Baumpflanzungen, Hecken und Bänke (realisiert)
- Geräteraum, Lagerflächen sowie PKW-Stellplätze
- Friedhofserweiterung
- Anlegen von Reihenrasengräbern (realisiert)

Die umgesetzten Maßnahmen werden in der Sitzung vorgestellt.

Die Abschnitte 4 und 5 sind derzeit zurückgestellt, weil sich Rahmenbedingungen verändert haben. So ist z.B. die Friedhofserweiterung aus Sicht der Verwaltung derzeit nicht erforderlich, weil der Trend zu Urnengräbern anhält und inzwischen 60% der Bestattungen erreicht. Damit könnte auch die Anordnung von Lagerflächen usw. neu überdacht werden; die geplante Unterbringung an der Klausenstraße könnte zugunsten der dort vorhandenen Stellplätze verändert werden.

Über dies, die weitere Entwicklung des Friedhofes und das weitere Vorgehen soll in der Sitzung beraten werden.